

➔ Seite 2
Jörn Marx über das fantastische Magdeburg
➔ Seite 4
Sachsen-Anhalt auf Konsolidierungskurs
➔ Seite 5
Netzwerk gegen Fremdenfeindlichkeit
➔ Seite 8
Die Volksparteien sind unersetzbar!
➔ Seite 10
Für eine attraktivere Hochschule
➔ Seite 13
Schicksal der Vertreibung bleibt Unrecht
➔ Seite 15
Diskussion über neues Grundsatzprogramm


Gesamtmitgliederversammlung der CDU Magdeburg mit Neuwahl des Kreisvorstandes am Samstag, 21. Oktober 2006, 10.00 Uhr im Ramada-Hotel, Hansapark 2

Kurze Bilanz zur Neuwahl des CDU-Kreisvorstandes Unser politisches Engagement lohnt sich

Die Stimme der CDU hat in Magdeburg Gewicht und so wird der Kreisvorstand auf der Gesamtmitgliederversammlung am 21. Oktober auf weitere zwei Jahre kontinuierlicher Arbeit zurückblicken können. Ohne eigene Mehrheit im Stadtrat war es der aktiven Magdeburger CDU-Ratsfraktion möglich, viele Forderungen des Kommunalwahlprogramms 2004 realisieren zu können. Dieses gilt insbesondere für den Bereich Stadtentwicklung, Stadtbau Ost. Zusammen mit dem CDU geführten Bauministerium wurden der Abriss von nicht mehr benötigten Wohnungen und die Aufwertung von Wohngebieten in Angriff genommen. Der Ausbau der **Verkehrsinfrastruktur** ist deutlich vorangekommen. Der Tunnel am Uniplatz hat die B1 ertüchtigt und der weitere Ausbau Richtung Westen wird folgen. Folgerichtig ist es, dass der entscheidende Anstoß zur Neugestaltung der Verkehrsführung am Hauptbahnhof/ Damaschkeplatz auch von der CDU kam. Aber auch der Breite Weg hat sich verändert, der Domplatz wurde mit dem Hundertwasser-Haus aufgewertet. Die Sternbrücke wurde vollendet und nun kommt es darauf an, für die Brachflächen zwischen Schleinufer und Elbe eine städtebauliche Lösung zu finden.

Nach dem Elbe-Hochwasser 2002 wurde konsequent ein **Hochwasserschutzprogramm** aufgelegt, das auch in Magdeburg zu Sanierungen oder Neubaumaßnahmen führte und auch die Entwässerung des ostelbischen Raumes wird in diesen Wochen auf unsere Initiative hin in Angriff genommen.

Der **Hochschulstandort** Magdeburg wird ausgebaut, die Zielvereinbarungen wirken. Auch wenn wir kein Institut für Musik schaffen konnten, so gibt es immerhin mit dem Land eine Vereinbarung über ein musikalisches Kompetenzen-



Die CDU Magdeburg ist besonders beim Ausbau der Infrastruktur die treibende politische Kraft. Hier die Eröffnung der Sternbrücke 2005.

trum am Konservatorium.

Das produzierende Gewerbe in Magdeburg entwickelt sich, auch wenn wir, gemessen an den Arbeitslosenzahlen, noch zu wenig gewerbliche Arbeitsplätze anbieten können. Magdeburg lebt von seiner Verkehrsinfrastruktur.

Daher haben wir dem Ausbau des Magdeburger Hafens immer große Bedeutung zugemessen. Er wird nun realisiert.

Unbefriedigend bleiben die ICE-Anbindung und der Verkehrslandeplatz Magdeburg Süd.

Zur Entfaltung der **Kulturstadt Magdeburg** gehört auch die Entwicklung des Einzelhandels. Und so war es richtig, in Abwägung rein wirtschaftlicher Interessen und kultureller Werte den Weihnachtsmarkt zukünftig erst nach dem Ewigkeitssonntag beginnen zu lassen. Ähnlich werden wir mit Augenmaß die neuen Freiheiten eines im Herbst im Landtag zu beschließenden Ladenöffnungsgesetzes umsetzen.

Unser Kreisverband kann in allen Stadtteilen auf **verlässlich arbeitende Ortsverbände** zählen. Alle Vereinigungen der CDU Deutschlands arbeiten auch in Magdeburg und zur besonderen Stärke unserer Fähigkeit an Inhalten zu arbeiten, zähle ich die Arbeit der Fachausschüsse.

Letztere haben uns zum Beispiel geholfen, in den verschiedensten Fragen der Stadtentwicklung eine fundierte Meinung entwickeln zu können. Über die Fachausschüsse haben wir mit den umliegenden Kreisverbänden Gespräche zur schwierigen Stadt-Umland-Problematik gefördert, aber auch Fachdiskussionen, wie zum Beispiel die Übertragung der Abwasserbeseitigung auf einen privaten Träger konnten durchgeführt werden.

Viele Mitglieder konnten so spüren, dass es sich bei eigenem Engagement lohnen kann, in der Volkspartei CDU mitzuarbeiten. Näher an den Menschen, Näher am Bürger und selbst die Belange einer Kommune mit beeinflussen zu können, war und ist eine ehrenvolle Aufgabe in unserer Bürgergesellschaft. Freilich sind wir nicht genug. Stadträte, Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordnete arbeiten in der Regel eng zusammen, aber ca. 550 eingetragene Mitglieder sind für eine Stadt mit ca. 195 000 wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern einfach zu wenig.

Mein Dank gilt allen engagierten Mitgliedern und mein Wunsch ist, die Wahl eines aktiven Vorstandes für weitere zwei Jahre.

Jürgen Scharf, MdL

Jörn Marx über das fantastische Magdeburg, dringende



Elbkurier: Herr Marx, herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl als Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr! Sie sind jetzt erst wenige Wochen im Amt. Was sind Ihre ersten Eindrücke?

Marx: Ich habe in Sudenburg eine schöne Wohnung gefunden, wo ich bereits mit meiner Frau zu Hause bin. Der Oberbürgermeister und meine Kollegen sind offen und es herrscht ein vernünftiges Arbeitsklima. Das gefällt mir!

Elbkurier: Das klingt nach einem hervorragenden Start. Was fällt Ihnen denn zu Magdeburg ein. Kannten Sie die Stadt schon vorher?

Marx: Ich stamme aus Kiel und kannte Magdeburg schon von einem Besuch wenige Jahre nach der Wende. Vor meiner Bewerbung für das Amt des Beigeordneten habe ich mir allerdings die Stadt intensiv angesehen und ich finde Magdeburg fantastisch!

Elbkurier: Das ist ja schon eine Liebeserklärung an Ihren neuen Lebensmittelpunkt!?

Marx: Ja, ich glaube ich kann echte Vergleiche anstellen. Ich kenne nicht nur Kiel und Ulm, wo ich zuletzt gearbeitet habe, sondern auch viele andere Städte dieser Größenordnung. Da kann sich Magdeburg wirklich sehen lassen. Die Stadt hat sich in den letzten zwölf Jahren seit meinem ersten Besuch gewaltig verändert und zwar positiv.

Elbkurier: Was fällt Ihnen da mit Ihrem unvoreingenommenen Blick besonders ein?

Marx: Der Hasselbachplatz mit

seinem baulich geschlossenen Umfeld - welche Stadt hat noch solche architektonischen Schätze? Natürlich der Dom mit Domplatz, die Elbe mit der Auenlandschaft, das Kloster, also das ganze historische Viertel. Aber auch Allee-Center und City-Carré sind für mich Zeichen einer lebendigen Innenstadt...

Elbkurier:.... das dürften allerdings gerade viele Architekten anders sehen!?

Marx: Okay, aber als Architekt muss ich auch die Funktion der Landeshauptstadt als Dienstleistungszentrum sehen. Natürlich müssen wir mit solchen großen Einrichtungen sorgfältig umgehen, aber ich finde es klasse, dass der Einzelhandel in der City stattfindet und nicht irgendwo am Stadtrand oder gar auf den Dörfern im Umland.

Elbkurier: Mit dem Elbepark bei Irlxleben haben wir auch einen solchen Einkaufspark

Marx: Dieser Sündenfall soll aber schon in der Wendezeit passiert sein, da hatte man wohl noch keine Handhabe gegen diese ungeordnete Entwicklung des Einzelhandels.

Elbkurier: Sie haben bislang viel Positives über Ihre neue Wirkungsstätte gesagt. Hat Ihr Vorgänger Werner Kaleschky alles erledigt? Was bleibt da für Sie als neuer Beigeordneter noch zu tun?

Marx: Bei allem Erfolg in der Entwicklung der Stadt bleibt noch viel zu tun. Ich habe mir Buckau und Fermersleben angesehen und bin der festen Überzeugung, dass wir dort dringend eine Umgehungsstraße brauchen. Das kann man den Menschen dort nicht länger zumuten.

Elbkurier: Hierzu gibt es auch von Seiten der CDU-Fraktion entsprechende Vorschläge, die Schönebecker Straße über das frühere Bahngelände zu entlasten und zugleich wichtige Gewerbegebiete besser zu erschließen.

Marx: Davon habe ich schon gehört. Das scheint mir eine sehr gute Idee. Das will ich mir genau-

er ansehen. Jedenfalls müssen wir eine Lösung finden, wenn diese Stadtteile eine Zukunft haben sollen, insbesondere deshalb, weil dort ansässige Firmen heute schon Probleme haben, ihre großformatigen Bauteile für die regenerative Energieentwicklung zu transportieren.

Elbkurier: Wo muss angesichts von Tausenden arbeitsloser Magdeburger angesetzt werden?

Marx: Das bleibt die zentrale Aufgabe. Die Stadt braucht ein wirtschaftliches Fundament, auf dem sie ihre Zukunft aufbauen kann. Das hat Priorität für mich!

Elbkurier: Aber wie kommen wir da weiter? Im Umland florieren einige Gemeinden und haben mehr Arbeitsplätze als Einwohner!?

Marx: Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand! Barleben ist offensichtlich so reich, dass es dort eine internationale Schule unterbringt, die eigentlich in die Stadt gehört. So etwas ärgert mich! Hier ist dringend das Land angefragt!

Elbkurier: Wie sehen Ihre Lösungsvorschläge aus?

Marx: Ich bin ganz klar für Eingemeindungen! Die Sachsen haben ihre Großstädte enorm gestärkt, indem sie zahlreiche Umlandgemeinden per Gesetz eingemein-

det haben. Das geht nicht mit freiwillig, freiwillig und noch mal freiwillig! Wer das Land stärken will, muss seine Städte stärken. Die große Koalition muss unbedingt dieses Problem lösen.

Elbkurier: Welche Gemeinden wären denn Ihre Kandidaten?

Marx: Das sind nach meiner Einschätzung vor allem Barleben, Biederitz und Osterweddingen, mindestens aber das Gewerbegebiet von Osterweddingen.

Elbkurier: Das sind klare Worte! Von den Gegnern wird allerdings immer ins Feld geführt es ginge der Stadt nur ums Geld. Wie sehen Sie das?

Marx: Natürlich geht es vor allem ums Geld! Die Stadt muss alle Leistungen vorhalten und die Orte im Umland profitieren davon. Das geht auf Dauer nicht gut. Außerdem muss man sehen, dass die Städte sich im Wettbewerb befinden, da geht es um Einwohner, Gewerbeflächen, soziale und kulturelle Infrastrukturen usw.

Das heißt je mehr wir von den harten wie auch weichen Faktoren vorweisen können, umso attraktiver werden wir für Ansiedlungen.

Elbkurier: Welche Hausaufgaben muss denn Magdeburg selbst machen?

weiter auf Seite 3



Der neue Beigeordnete für Stadtentwicklung Bau und Verkehr, CDU-Mitglied Jörn Marx, hier im Interview mit dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden Wilfried Köhler, spricht vor Optimismus und Tatendrang. Er ist dabei erste Visonen für die Zukunft Magdeburgs zu entwickeln. Seine Tür ist offen für alle Bürgerinnen und Bürger. Fotos: Birgit Uebe

Eingemeindungen und die Hausaufgaben der Stadt



Marx: Mein erster Eindruck ist, dass wir Gewerbe- und Industrieflächen vorhalten müssen. Wenn morgen ein Investor kommt und einige Hektar baureifes Land will, können wir nicht sofort etwas bieten. Wir müssen dann erst kaufen und Erschließungsmaßnahmen durchführen. Das dauert vielen Investoren einfach zu lang. Wir brauchen auch Tauschflächen, damit wir beweglich werden und auf gezielte Wünsche von Unternehmen reagieren können.

Elbkurier: Wie wollen Sie das umsetzen?

Marx: Ich habe meinen Leuten schon gesagt, dass wir den Flächennutzungsplan anfassend müssen.

Elbkurier: Das ist ein gutes Stichwort. Was wollen Sie in Magdeburg an großer Infrastruktur noch schaffen?

Marx: Wir brauchen im Süden der Stadt eine dritte Elbquerung. Der Ortskern von Cracau muss dringend entlastet werden. Das ist doch eine Zumutung für die Menschen.

Elbkurier: Das werden die Menschen in Ostelbien gerne hören. Die CDU hat jedenfalls diese Forderung immer erhoben.

Marx: Das will ich gerne aufgreifen. Natürlich muss ich erst mal sehen, wie sich das realisieren lässt, aber ich bleib dran an diesem Projekt.

Elbkurier: Zu einem anderen Thema. Magdeburg hat seit der Wende erheblich an Einwohnern verloren. Was wollen Sie dage-

gen unternehmen?

Marx: Mein Eindruck ist, dass sich die Bevölkerungszahlen schon stabilisiert haben...

Elbkurier: Ja, aber nur, weil die Stadt eine Zweitwohnungssteuer eingeführt hat, und sich viele Studenten und auch andere Bürger nun mit Erstwohnsitz angemeldet haben. Dieser Effekt wird nicht anhalten.

Marx: Gut, das glaube ich Ihnen. Aber ich habe schon gelesen, dass die Abwanderung ins Umland kaum mehr stattfindet. Das ist doch ein Anfang.

Elbkurier: Aber die Abwanderung in den gelobten Westen und die viel zu wenigen Geburten dezimieren weiter die Zahl der Magdeburger.

Marx: Da müssen wir an verschiedenen Stellen anfassend. Die Bürger, die vor zehn Jahren ins Umland gezogen sind, haben längst gemerkt, dass die Stadt viele Vorteile bietet. Wer täglich zur Arbeit in die Stadt pendeln oder seine Kinder herumfahren muss, der lässt viel Zeit und Geld auf der Strecke.

Elbkurier: Wie wollen Sie die Bürger von den Vorteilen überzeugen?

Marx: Wir müssen ein differenziertes Baulandangebot in der Stadt vorhalten, damit jeder sich seinen Traum von den eigenen vier Wänden in der Stadt verwirklichen kann und nicht auf die Dörfer ziehen muss, wo der Hund verfroren überm Zaun hängt, wie man in Kiel sagt. Wir müssen unsere Vorteile

ausspielen.

Elbkurier: Also konkret, was muss passieren?

Marx: Ich bin dafür, dass für junge Familien Bauland vergünstigt verkauft wird und zwar nach der Kinderzahl. Über den Finanzausgleich bekommen wir in wenigen Jahren das Geld wieder rein. Oder auch über Erbpacht lässt sich jungen Familien mit wenig Eigenkapital wirksam helfen.

Elbkurier: Reicht das, um kinder- und familienfreundlicher zu werden?

Marx: Sicher nicht! Da ist ein ganzes Paket an Maßnahmen nötig. Gute Schulen und Kinder-einrichtungen, flexible Arbeitszeiten der Eltern und vielleicht auch Familienzentren, wenn wir uns das leisten können.

Elbkurier: Reicht das, um den Drang junger Leute in Richtung München und Frankfurt aufzuhalten?

Marx: Ich komme aus dem Westen. Dort ist auch nicht alles Gold, was glänzt! Wir sollten den jungen Leuten auch sagen, dass sie zwar in den westdeutschen Ballungsräumen deutlich mehr verdienen, aber dass die Lebenshaltungskosten dort auch deutlich höher sind. Grund und Boden sind doch dort viel teurer und das Wohnen wesentlich kostspieliger als hier. Das ist ein echter Standortvorteil, den wir vermitteln müssen.

Elbkurier: Für einen Arbeitslosen wird preiswertes Wohnen nicht als Argument ausreichen. Was müssen wir machen?

Marx: Natürlich bauen sich nur Leute ein Häuschen, die auch Geld verdienen. Aber 80 Prozent der Menschen haben Arbeit und für die anderen müssen wir uns ins Zeug legen.

Elbkurier: Mit welchen Maßnahmen?

Marx: Ich bin für eine aggressive Vermarktungspolitik! Ich frage mich, wo ist die nationale und internationale Vermarktung Magdeburgs? Der Slogan "Stadt mit Zugkraft" verliert seine Kraft schon nach 30 Kilometern im Umland. Da müssen wir uns was einfallen lassen. Ein Alleinstellungsmerkmal.

Elbkurier: Haben Sie da schon eine Idee?

Marx: Nein! Aber ich denke, Magdeburg hat mit seiner Lage am Fluss noch viele ungenutzte Potenziale. Es ist doch ein wunderbarer Blick von der neuen Sternbrücke zum Dom. Da werden wir in den nächsten Jahren noch mehr draus machen. Die Bebauung am alten Elbebahnhof kommt voran. Der Wissenschaftshafen wird sich entwickeln, das Wohnen in den alten Speichern in Buckau sollten wir fortführen. Da sehe ich viele gute Möglichkeiten.

Elbkurier: Herr Marx, Sie sprühen vor Optimismus und Ideen und kommen sehr sympathisch rüber. Wie wollen Sie mit den Bürgern ins Gespräch kommen?

Marx: Ich habe immer eine offene Tür - grundsätzlich für jeden. Wer also den Kontakt zu mir sucht, ist herzlich willkommen.

Elbkurier: Danke für dieses interessante Gespräch.

Kurzbiografie

1953 in Kiel geboren

1983 in Kiel als Hochbauingenieur mein Diplom erzielt

seit 1983 verheiratet und Vater von zwei Töchtern, 17 und 19 Jahre

von 1983 - 1995 Sachgebietsleiter im Baudezernat der Landeshauptstadt Kiel

1995 - 1998 im Bauordnungsamt und Hochbauamt

von 1995 - 1998 Abteilungsleiter der Bauaufsicht und Denkmalschutzbehörde der Stadt Hameln,

Dozent an der Uni Hannover und beim Volksheimstättenwerk

von 1998 - 2006 Abteilungsleiter der Bereiche Städtebau, Umwelt und Baurecht der Stadt Ulm,

Dozent an der Architektenkammer Baden-Württemberg für Bau- und Planungsrecht,

Mitglied des Arbeitskreises Baurecht des Städtetages Baden-Württemberg

seit 1. September 2006

Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr der Landeshauptstadt Magdeburg

Sachsen-Anhalt auf Konsolidierungskurs

Erstmals wird Sachsen-Anhalt von einer Koalition aus CDU und SPD regiert. Inzwischen konnte die christlich-soziale Landesregierung eine positive 100-Tage-Bilanz ziehen. Wichtige Weichenstellungen und auch turnusmäßige Aufgaben wurden im Kabinett vorbereitet und können nun im Landtag beraten werden.

In ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause haben die Parlamentarier zunächst über den Nachtragshaushalt 2006 beraten. Im Wesentlichen ist eine Absenkung der Nettoneuverschuldung um gut 33 Mio. Euro und die Zurückführung einer Beleihung von Sondervermögen in Höhe von 150 Mio. Euro vorgesehen. Sachsen-Anhalt nutzt somit die Spielräume von Steuerermehreinnahmen für die Haushaltssanierung. Ähnliches gilt auch für den nun ebenfalls im Landtag zu beratenden Haushaltsplanentwurf 2007. Die Nettoneuverschuldung soll deutlich von 750 Mio. Euro auf 550 Mio. Euro reduziert werden. Dieses Etappenziel auf dem Weg zu einem Landeshaushalt ohne neue Schulden im Jahr 2010 ist aufgrund günstiger Rahmenbedingungen erreichbar. So kann der Finanzminister im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte zu Jahresbeginn 2007 mit deutlichen Mehreinnahmen rechnen. Gleichzeitig gehen die Zuweisungen des Bundes und der EU vorerst nur leicht zurück. Auf dieser soliden Einnahmehasis wird eine Erhöhung der Investitionsquote von 17,1 Prozent auf 18,3 Prozent möglich. Zusätzlich werden die Bereiche Bildung und Wissenschaft von Kürzungen ausgenommen. Ausgabenseitig liegt der wichtigste Beitrag zur Haushaltskonsolidierung im Abbau des Landespersonals um 2.000 Stellen auf ca. 62.000 Planstellen am Ende des kommenden Jahres. Bis zu 250 Neueinstellungen wird es, wie in den vergangenen Jahren auch, nahezu ausschließlich in den Bereichen Schule und Polizeivollzug geben. Um das ehrgeizige Konsolidierungsziel zu erreichen,

müssen darüber hinaus schwierige Strukturentscheidungen getroffen werden.

Zu diesen Strukturentscheidungen zählt die Neuordnung der Finanzbeziehungen von Land und Kommunen. Als erster Schritt ist die Absenkung der sog. Verbundquote um 1,2 Prozent vorgesehen. Es ist aber zu erwarten, dass es durch die insgesamt steigenden Steuereinnahmen zu einem "Einfrieren" des Finanzausgleiches auf dem Niveau des Jahres 2006 kommen wird. Ferner sollen im Gegenzug die Kommunen zukünftig von Aufgaben entlastet werden. Darüber hinaus beabsichtigen die Koalitionäre eine grundlegende Überarbeitung des FAG mit dem Ziel, die Zuweisungen an die Kommunen stärker an landesplanerischen Vorgaben zu orientieren. Nach der gegenwärtigen Regelung entscheidet vor allem die Einwohnerzahl über die Höhe der Finanzzuweisungen an eine Kommune. Künftig sollen Funktionen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die die so genannten Zentralen Orte als Grund-, Mittel- oder Oberzentren für ihre Einwohner und das Umland erfüllen, stärker berücksichtigt werden.

Sachsen-Anhalt wird im Herbst auch erstmals von den neuen gesetzgeberischen Spielräumen im Ergebnis der Föderalismusreform Gebrauch machen. In einem ersten Gesetzentwurf schlägt Wirtschaftsminister Dr. Haseloff die völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen ("6 mal 24") vor. An Sonntagen sollen die Geschäfte, abgesehen von den bisher schon möglichen vier Ausnahmen pro Jahr, auch weiterhin geschlossen bleiben. Kritiker warnen vor weiteren Konzentrationsprozessen im Einzelhandel. Sie erwarten eine Verlagerung von Warenumsätzen auf städtische Einkaufszentren mit Filialen großer Handelskonzerne. Inhabergeführte Geschäfte in Randlagen und kleineren Städten gehörten hingegen aufgrund der geringen Kundenfrequenz in den Abendstunden zu den Verlierern

längerer Ladenöffnungen. Nach dem derzeitigen Sachstand werden sich die meisten Bundesländer dessen ungeachtet für eine Regelung "6 mal 24" entscheiden.

Nicht zuletzt wird sich die CDU/SPD-Koalition in Sachsen-Anhalt auch weiterhin auf der bundespolitischen Ebene engagieren. Mit dem Ziel einer Effektivierung der Arbeitsmarktpolitik tritt Wirtschaftsminister Dr. Haseloff für eine Weiterentwicklung des Kombilohns ein, um Lohn dumping und dem damit verbundenen Missbrauch staatlicher Transfers entgegenzuwirken. Als Lösungsansatz wird in Sachsen-Anhalt, wie auch in anderen Ländern, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns kontrovers diskutiert. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die kontroverse Diskussion über dieses Thema auch auf den arbeitsmarktpolitischen Kurs der sachsen-anhaltischen Regierungskoalition ausstrahlt. *Jürgen Scharf, MdL*

Nachruf zum Tode von Kurt Stieler

Am 9. August 2006 verstarb im Alter von 86 Jahren, nach kurzer schwerer Krankheit, der Vorsitzende unserer Senioren Union im Kreisverband Magdeburg, Kurt Stieler.

Unionsfreund Stieler gehörte der CDU seit dem 1. Mai 1946 an und hat der Union damit mehr als 50 Jahre die Treue bewahrt. Kurz nach der Wende war er schließlich Mitbegründer der Senioren Union in Magdeburg. Zu seinen ersten Ansprechpartnern und Mitgliedern in der Senioren Union gehörten die ehemaligen Mitglieder der Jungen Union aus den 50 iger Jahren.

Unionsfreund Stieler war ein vertrauensvoller Ansprechpartner. Er setzte sich stets für die Belange der älteren Generation ein.

Wir trauern um unseren langjährigen Vorsitzenden und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Rosemarie Arndt

Mitglied der Senioren Union

Der richtige Blick fürs Wesentliche

Design/Grafik
Offsetdruck
Realisierung
Verlag

harzdruckerei
wernigerode

Magdeburg 03 31 3111 20055, Fax 03 31 3111 2110, Am 17. 01. 2006 11:42:26 AM, www.harzdruckerei.de

Kanzlerin: Libanon-Einsatz hat eine "historische Dimension"

Bundeskabinett und Bundestag haben den ersten Einsatz deutscher Soldaten im Nahen Osten beschlossen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sprach von einer "historischen Dimension" des Einsatzes. Zugleich machte sie deutlich, dass sich die Koalition die Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Aber Deutschland habe eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels. Ziel sei es, eine tragfähige Friedenslösung für die gesamte Region zu erreichen. Mit dem Mandat übernimmt Deutschland die Führung der internationalen Marine-Verbände vor der libanesischen Küste.

Merkel unterstrich, dass die deutschen Bedingungen erfüllt seien. Es handle sich um ein robustes Mandat, dem auch der Libanon zugestimmt habe.

Die militärische Komponente müsse durch politische Initiativen ergänzt werden, forderte Merkel.

Die Bundesregierung sei entschlossen, das "Fenster politischer Möglichkeiten", das sich jetzt ein Stück weit öffne, auch zu nutzen. Schließlich hätten Deutschland und die Europäische Union insgesamt ein "ganz besonderes Interesse an der Stabilität und am Frieden in dieser Region". Im Einzelnen müssten alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, eine Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und Palästina zu erreichen.

Außenminister Steinmeier wandte sich scharf gegen die Ablehnung des Bundeswehr-Einsatzes aus historischen Gründen. Man dürfe das Argument der historischen Verantwortung Deutschlands nicht "dazu missbrauchen", jede deutsche Mitverantwortung für die Umsetzung der UN-Resolution zur Friedenssicherung abzulehnen. Der Einsatz sei nicht allein wegen der hohen Erwartungen Israels und des Libanons gerechtfertigt.



Verteidigungsminister Franz-Josef Jung hat sich entschieden für den Einsatz der Bundeswehr im Libanon stark gemacht. Foto: CDU

Er liege auch im Interesse Deutschlands. Verteidigungsminister Jung sprach von einem "robusten, nicht offensiven" Mandat. Damit könnten Aktionen gegen den Waffenschmuggel auch gegen Widerstand durchgeführt werden. Jung gab bekannt, dass insgesamt bis zu 2400 Soldaten von Marine und Luftwaffe in den

Einsatz geschickt würden. Das größte Kontingent dafür stelle die Marine mit 1500 Soldaten. Zum Einsatz kämen von deutscher Seite voraussichtlich zwei Fregatten mit Bordhubschraubern, ein Einsatzgruppenversorger mit Lazarett, ein Tender und vier Schnellboote. 100 Soldaten der Luftwaffe sollten den Luftransport unterstützen. 400 weitere Soldaten seien für die Führung des Marine-Einsatzes und die Logistik vorgesehen, 100 Soldaten zur Ausbildung und Beratung der libanesischen Armee im gesamten Land sowie 300 Soldaten als Reserve.

Für das laufende Jahr bezifferte Jung die Kosten der Mission auf 46 Millionen Euro. 2007 würden die Kosten bei 147 Millionen Euro liegen. Einsatzgebiet sei ein 50 Seemeilen breiter Streifen vor der libanesischen Küste ohne jegliche Beschränkung. Der Einsatz der Bundeswehr ist bis zum 31.08.07 befristet. *Bgst*

Netzwerk Demokratie und Toleranz gegen Fremdenfeindlichkeit

"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt", lautet Artikel 1 des Grundgesetzes. Diesen Kernsatz der deutschen Verfassung vor Augen, hat der Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt, Dieter Steinecke, die fremdenfeindlichen Vorgänge von Pömmelte und Pretzien auf das Schärfste verurteilt. "Die Demokratie ist Grundlage unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Toleranz gegenüber Menschen und Meinungen ist ein wesentliches Merkmal unserer Demokratie. Extremisten müssen abgewehrt werden", erklärte Steinecke. Spontan erklärte sich Steinecke auch bereit, an einer von Ministerpräsident Prof. Wolfgang Böhmer initiierten öffentlichen Lesung aus den Tagebüchern der Anne Frank vor Berufsschülern in Schönebeck teilzunehmen. Schüler, Lehrer und die anwesenden Politiker zeigten sich beeindruckt von den immer noch aktuellen und bewe-



Steinecke mit Fußballern einer Kirchen-Mannschaft, Sport als Möglichkeit Fairplay und Toleranz zu üben. Foto: Thomas Nawrath

genden Worten der Anne Frank. "Diese öffentliche Lesung war als Symbol wichtig und richtig. Unser Werben für Demokratie und Weltoffenheit indes muss künftig noch mehr als dauerhafter Prozess aller gesellschaftlichen Kräfte wahrgenommen werden", erklärte Steinecke, der zusammen mit dem Ministerpräsident

auch Schirmherr des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz ist. Das Netzwerk wurde im Mai 2005 gegründet. Zahlreiche Vertreter aus Landtagsfraktionen, Parteien, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden sowie aus vielen aktiven zivilgesellschaftlichen Gruppen gehören ihm an.

Steinecke betonte den Einsatz für Demokratie und Weltoffenheit zu einem Schwerpunkt seiner Amtszeit als Landtagspräsident zu machen. Dabei strebt er an, insbesondere praktische Ansätze zur Verankerung der Gedanken von Demokratie und Toleranz inmitten der Gesellschaft zu finden. Hierzu führte der Präsident im Sommer Gespräche mit Vertretern wichtiger gesellschaftlicher Gruppen. Auch den kommunalen Sektor hat der Landtagspräsident im Blick. In Abstimmung mit dem Städte- und Gemeindebund soll am 24. Oktober die Veranstaltung "Kommunen aktiv gegen rechte Gewalt" im Kommunalen Studieninstitut Sachsen-Anhalt durchgeführt werden. Mit dem Kultusministeri-

um indes führte Steinecke Gespräche, in welcher Form die Stärkung von Demokratie und Toleranz als Schwerpunktthema in den Berufsschulen ausgebaut werden kann.

"Nur in einem kurzen Zeitraum ihrer Geschichte war es den Deutschen vergönnt, in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen zu leben", so Steinecke: "Wir dürfen die Errungenschaft der Demokratie nicht als selbstverständlich hinnehmen. Ein Merkmal der Demokratie ist immer auch der Schutz und die Unverletzbarkeit der Rechte von Minderheiten. Werden diese auch von noch so kleinen Teilen der Gesellschaft in Frage gestellt, ist die Mehrheit gefordert für Demokratie und Rechtsstaat einzutreten." Es gilt der Satz von Karl Popper: "Wir müssen im Namen der Toleranz das Recht beanspruchen, die Intoleranz nicht zu tolerieren." An dieser Maxime wird sich der Landtagspräsident beim Werben für Demokratie und Toleranz orientieren. *Andreas Kern*

Abgeordnete und CDU-Kreisgeschäftsstelle in neuen Büros



Am 26. September erfolgte der Umzug der CDU-Kreisgeschäftsstelle und der Abgeordnetenbüros von der Hegelstraße in die Fürstenwallstraße. Damit reagieren wir auch auf die Verringerung der Landtagsmandate der Magdeburger CDU und reduzieren die Fläche der angemieteten Räumlichkeiten. Die somit verringerte Mietzahlung dürfte im Interesse aller unserer Mitglieder und Freunde sein.

Offiziell wurden die neuen Büroräume Anfang Oktober bezogen. Damit befinden sich unsere Büros auch wieder in räumlicher Nähe zum CDU-Lan-

desverband, der bereits Anfang September in das gleiche Haus umgezogen war. Sie erreichen den CDU-Kreisverband und die Büros der Abgeordneten Bernd Heynemann, Jürgen Scharf, Wigbert Schwenke und Dieter Steinecke ab sofort unter folgender Adresse:

**Fürstenwallstraße 17 / 4. OG
(Eingang Gouvernementsberg)
39104 Magdeburg**

Die bisherigen Telefon- und Fax-Nummern sowie die Email-Adressen bleiben unverändert.

Doris Memmler

Kreisgeschäftsführerin

Foto: Thomas Nawrath

Viele Zukunftsträchtige Initiativen aus der CDU-Ratsfraktion

Die CDU-Ratsfraktion und ihre Mitglieder versuchen sich in ihrer Arbeit den aktuellen Herausforderungen zu stellen, ohne dabei den Blick über den Tellerrand zu vernachlässigen. Insbesondere die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Magdeburg gehört dabei zu den Schwerpunkten. So war es für unsere Ratsfraktion unverständlich, dass das Internetangebot Magdeburgs für den Bereich Wirtschaft nicht in Englisch verfügbar war. Wer Ansiedlungen in unsere Stadt bringen will, muss auch auf dem internationalen Markt aktiv sein und hier ist ein englischsprachiges Informationsangebot unabdingbare Voraussetzung. Der CDU-Antrag, die relevanten Seiten auch auf Englisch ins World-Wide-Web zu stellen, fand dann auch eine Mehrheit in der Stadtratssitzung am 06. Juli 2006.

Ebenfalls mit dem Thema Wirtschaftsförderung beschäftigte sich ein Antrag des Stadtrates Hubert Salzborn zur städtischen Baumschutzsatzung. Diese soll so geändert werden, dass brachliegende Freiflächen, die zur Neu- oder Wiederbebauung vorgesehen bzw. geeignet sind, zwischenzeitlich begrünt werden dürfen und die Vorschriften der Baumschutzsatzung hier keine Anwendung finden. Ziel ist es, späteren Investoren keine zusätzliche Belastungen in Form von Ersatzpflanzungen oder finanziellen Belastungen aufzuerlegen, die kontraproduktiv gegenüber dem Ziel



Reinhard Stern bei einem Redebeitrag im "Stadtparlament". Im Hintergrund der Vorsitzende des Stadtrates, Jens Ansorge. Foto: Tobias Krull

der Wiedernutzung solcher Flächen wirken könnten.

Mit dem wirtschaftlichen Potential des demographischen Wandels beschäftigt sich ein Antrag des Stadtrates Jens Ansorge. Darin wird der Oberbürgermeister beauftragt, zusammen mit Dritten eine Studie zu erarbeiten, welche Chancen sich für die heimische Wirtschaft aus dieser Entwicklung ergeben. Bürgerinnen und Bürger, die sich im Ruhestand befinden, erwarten Angebote, die ihnen das Leben erleichtern oder eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung ermöglichen. Häufig genügt eine Anregung, um entsprechende wirtschaftliche Aktivitäten in Gang zu setzen. Zum Beispiel für Mobilitätsangebote, Urlaubsorganisation, Botendienste, Kulturangebote, Woh-

führungen des Theaters Magdeburg, des Puppentheaters und des Kommunalen Gebäudemanagements in die Rechtsform eines Eigenbetriebes ergeben sich nicht nur verwaltungsintern erhebliche Veränderungen. Bevor hierüber ein endgültiges Votum gefällt wird, müssen alle Vor- und Nachteile gründlich diskutiert und gegeneinander abgewogen werden. Bereits breit in der Öffentlichkeit erörtert wird die Gründung einer gGmbH für den Zoologischen Garten Magdeburg. Allein auf Grund der sehr umfangreichen Unterlagen bedarf es hier besonderer Sorgfalt bei der Entscheidung. Ein Schnellschuss in dieser Frage könnte verheerende Auswirkungen für diese sehr wichtige Freizeiteinrichtung in der Landeshauptstadt haben.

Auch die Beratungen zum Kommunalhaushalt 2007 stehen bald vor der Tür. Dabei muss es gelingen, trotz schwierigster Umstände, die finanzielle Handlungsfähigkeit Magdeburgs zu gewährleisten. Die damit verbundenen Sitzungen und Diskussionen werden sicher für alle Beteiligten nicht einfach werden. Aber die CDU-Ratsfraktion wird sich im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger einer konstruktiven Kontroverse nicht verschließen und dabei auch auf die Mitarbeit und die Diskussion aus unseren Fachausschüssen des Kreisverbandes bauen.

Reinhard Stern

CDU-Ratsfraktionsvorsitzender

Trotz Wende weitere Strukturreformen nötig

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hat die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt begrüßt. "Deutschland hat die Trendwende geschafft". Zum ersten Mal seit fünf Jahren stiegen die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wieder an. Zudem habe im Sommer die dritthöchste Erwerbstätigenzahl in der deutschen Nachkriegsgeschichte vorgelegen. "Es wurde viel getan", betonte der Generalsekretär. Dennoch stehe die Koalition vor großen Herausforderungen. So könne sich die Bundesregierung mit über vier Millionen Arbeitslosen und gerade einmal 600.000 offenen Stellen nicht zufrieden geben, mahnte Pofalla. Deshalb müsse die Koalition Kurs halten und das Reformtempo weiter erhöhen. "Besonders bedrückend" sei, dass allein 80.000 Jugendliche jedes Jahr die Schule ohne einen Abschluss verließen. Das müsse sich ändern, forderte der CDU-Politiker.

Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn erweist sich als Job-killer

Ausdrücklich dankte er Bundesarbeitsminister Franz Müntefering für seine klaren Worte gegen den gesetzlichen Mindestlohn beim DGB-Kongress im Mai. Pofalla bekräftigte: "Ein gesetzlicher Mindestlohn ist mit der Großen Koalition nicht zu machen", weil er hunderttausende Arbeitsplätze vernichten würde. Sollte dennoch jemand versuchen, einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, werde er sich am Widerstand von "CDU und CSU die Zähne ausbeißen".

Diese Position der Union habe das Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung klar bestätigt. Danach sei der Weg in den Mindestlohn falsch, und zwar unabhängig von der Frage, ob er gesetzlich oder über Allgemeinverbindlichkeitserklärungen branchenspezifisch ausgestaltet werde. "Diese Einschätzung wird von mir zu 100 Prozent geteilt", hatte der CDU-Generalsekretär im Deutschlandfunk erklärt.

Bis zu 350.000 neue Arbeitsplätze über Kombilohn

Der Sachverständigenrat befürworte wie die Union den Weg über den



CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hat Überlegungen auch aus Unionskreisen eine klare Absage erteilt, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen.
Foto: CDU

Kombilohn, sagte Pofalla. Dabei gehe es darum, den Niedriglohnbereich zu aktivieren. Laut Expertise könnten hier mittelfristig bis zu 350.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden. In diesem Zusammenhang bezeichnete der Generalsekretär die "Fundamentalkritik" am Gutachten als "deutlich überzogen". So sei häufig zitiert worden, die Wirtschaftsexperten plädierten für eine pauschale Kürzung des Arbeitslosengeldes II um 30 Prozent. Tatsächlich schlage der Sachverständigenrat jedoch vor, allen Arbeitsfähigen, denen ein Arbeitsangebot unterbreitet werde, das sie nicht annehmen, pauschal die Leistungssätze zu kürzen. Diesen Vorschlag befürworte die Union, unterstrich Pofalla. Schließlich erhielten die Langzeitarbeitslosen Gelder aus einem steuerfinanzierten System.

Des Weiteren fordere das Gutachten echte Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit. Diesem Ansatz stimme die Union erst recht zu. Um die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zu verstetigen, werde die Große Koalition im Herbst verschiedene Projekte angehen, kündigte der Generalsekretär an. Neben einem Kombilohn für die Jungen und die über fünfzig Jährigen sprach sich Pofalla dafür aus, die rund 80 Arbeitsmarktinstrumente auf die wirksamsten 10 Maßnahmen zu konzentrieren. Außerdem forderte er

eine Optimierung von Hartz IV. Hierbei müsse der Missbrauch eingeschränkt werden.

Mit Blick auf die Debatte um eine Lockerung des Kündigungsschutzes zitierte der CDU-Generalsekretär die neueste Studie der Weltbank. Sie bescheinige Deutschland, bei der Regulierung des Arbeitsmarktes "weltweit auf Platz 129 hinter Ländern wie Papua Neu Guinea, Jamaica oder Trinidad und Tobago" zu liegen. Ein zentraler Grund für dieses Ergebnis sei der Kündigungsschutz, erklärte Pofalla. Deshalb brauche unser Land dringend eine flexiblere Lösung. Dabei gehe es nicht um Eingriffe in bestehende Kündigungsschutzverhältnisse, sondern darum, die Einstiegsbarrieren für Arbeitssuchende zu senken.

Neben diesen Projekten gebe es weitere Punkte, bei denen die Bundesregierung über den Koalitionsvertrag hinausgehen müsse. Konkret sprach sich der Generalsekretär dafür aus, noch in dieser Legislaturperiode ein Arbeitsgesetzbuch zu verabschieden. Zudem sollte die Regierung die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Unternehmen regeln. Schließlich forderte Pofalla auch für den Fall eine Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf vier Prozent, wenn der Überschuss dafür nicht ausreichen sollte. Die Mittel müssten dann an anderer Stelle eingespart werden.

Bgst

Termine

Oktober

10.10.2006, 18.30 Uhr
Fachauschuß Stadtentwicklung
"Wissenschaftshafen"
Tagungszentrum Rogätzter Str.

14.10.2006, 10.00 Uhr
Bot. Führung Klosterbergegarten
Treff: Haupteingang Schöne-
becker Straße

16.10.2006, 10.00 Uhr
Senioren-Union
Besichtigung der Ausstellung
Heiliges Römisches Reich...

21.10.2006, 10.00 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung
Ramada-Hotel, Hansapark 2

24.10.2006, 19.00 Uhr
Ortsverband Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 58

25.10.2006, 18.00 Uhr
Ost- und Mitteld. Vereinigung
Kreisgeschäftsstelle,
Fürstenwallstr. 17

November

4.11.2006, 19.00 Uhr
CDU-Ball im Maritim Hotel

20.11.2006, 10.00 Uhr
Senioren-Union, Landtagsbesuch

21.11.2006, 19.00 Uhr
Kreisfachauschuss Schul-,
Berufs-, Erwachsenenbildung

28.11.2006, 19.00 Uhr
Ortsverband Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",

Dezember

11.12.2006, 10.00 Uhr
Senioren-Union, Weihnachtsfeier,
Kreisgeschäftsstelle,
Fürstenwallstr. 17

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg,
Fürstenwallstraße 17 / 4. OG
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:
Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.),
Tobias Krull, Thomas Nawrath
und Andreas Kern
Layout/Satz:
Birgit Uebe,
Medien- und Fotografiedesign
Tel. 0391 6076884

Druck:
Harzdruckerei Wernigerode
Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise:
viermal jährlich

Für Kooperation statt Konfrontation mit dem Umland

Über die aktuelle Berichterstattung zur Stadt-Umland-Problematik kann man sich nur verwundert die Augen reiben: Wo bis vor wenigen Wochen heftige Grabenkämpfe tobten, herrscht mittlerweile eitel Sonnenschein. Besonders auffällig ist der Umschwung im Magdeburger Rathaus: Jahrelang forderte Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper (SPD) die Eingemeindung der Umlandgemeinden, nun häufen sich die Nachrichten über Kooperationen und Pläne zur weiteren Zusammenarbeit.

Damit vollzieht Dr. Trümper das, was die Christdemokraten bereits Anfang 2005 auf einer Regionalkonferenz unter dem Titel "Barleber Erklärung" beschlossen haben: gemeinsame Entwicklung der Region Magdeburg, Zusammenarbeit statt Konfrontation und Stabilisierung der Landeshauptstadt als Oberzentrum.

Auch die Pläne des Landes, eine freiwillige Zusammenarbeit von

Magdeburg und Umland in einem Zweckverband anzuschieben, zielen in diese Richtung. Und etwa 20 Gemeinden begrüßten dieses Vorhaben, darunter Barleben, Biederitz, Gerwisch und Sülzetal. "Der Zweckverband macht Sinn!", sagte Sülzetal-Bürgermeister Erich Wasserthal (SPD). Dennoch scheiterte das Projekt am erklärten Widerstand einiger Weniger, darunter Hohenwarsleben, Hohenwarthe, Irxleben und Schönebeck. Deshalb wird es wohl 2007 eine Zwangslösung geben. Aber an den grundlegenden Problemen der Landeshauptstadt wird wohl auch der Zweckverband nichts ändern. Magdeburg leidet schlicht unter seinem enormen Haushaltsdefizit. Auch die Umlandgemeinden sehen dies so: "Das Stadt-Umland-Problem ist vor allem ein Finanzproblem", sagte Bürgermeister Wasserthal. Deshalb hält er nicht viel davon, wenn seine Gemeinde mal ein

Klavier fürs Magdeburger Konservatorium sponsern würde. Zur geplanten Beteiligung der Gemeinde Barleben (etwa 300.000 Euro jährlich) am Magdeburger Zoo wollte er sich nicht weiter äußern.

"Wir müssen die Probleme an der Wurzel anpacken", pflichtet auch unser Landtagspräsident Dieter Steinecke bei. Deshalb begrüßt der Abgeordnete aus dem Magdeburger Süden auch die geplante Zusammenarbeit der Landeshauptstadt mit der Gemeinde Sülzetal in Fragen der Gewerbeansiedlung. "Machen wir uns nichts vor: der hohe Hebesatz in Magdeburg treibt die Firmen ins Umland. Deshalb würde auch eine Zwangseingemeindung kaum etwas bringen", so Steinecke.

Künftig sollen großflächige Ansiedlungen, vor allem in der Nahrungsmittelverarbeitung, in Sülzetal konzentriert werden. "Hingegen werden Wertstoffsortierung,

Logistik und ähnliche Unternehmen in Magdeburg-Rothensee angesiedelt", erläutert Bürgermeister Wasserthal. Nur unter dieser Bedingung hat Magdeburg der Erweiterung des Sülzetal Gewerbegebietes von aktuell 300 Hektar (50 Firmen, 7000 Mitarbeitern!) auf 1000 Hektar zugestimmt. Von den künftigen Gewerbesteuererträgen will Sülzetal gut die Hälfte an die Landeshauptstadt abführen, um das Oberzentrum zu stärken.

Auf der Regionalkonferenz der CDU im Februar 2005 plädierte auch Minister Daehre für Zusammenarbeit. Zwangseingemeindungen seien der falsche Weg. Es scheint, dass sich diese Erkenntnis nun auch bis ins Amtszimmer von OB Trümper rumgesprochen hat. Doch wird er kaum zugeben, dass seine neue Politik auf christdemokratischen Ideen (siehe "Barleber Erklärung") fußt. Schade.

Thomas Nawrath

Prof. Dr. Holtmann: "Die Volksparteien sind unersetzbar!"



Prof. Dr. Everhard Holtmann bei seinem gut besuchten Vortrag am 19.09. im Magdeburger Intercity-Hotel. Er mahnte, die Volksparteien müssten alle Wählerschichten ansprechen.
Foto: Thomas Nawrath

Sechs Monate nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und wenige Tage nach den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern lud die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Wahlanalyse nach Magdeburg ein. Politikwissenschaftler Prof. Dr. Everhard Holtmann (Halle) und CDU-Fraktionsvorsitzender Jürgen Scharf diskutierten mit den rund 35 Gästen über Nichtwähler,

Parteienbindung und Lehren aus den Wahlen.

Dabei ist für Professor Holtmann klar: "Die großen Volksparteien sind unersetzbar!" Das gelte auch unter den besonderen Bedingungen in Ostdeutschland. Zugleich mahnte der Professor aber, dass immer weniger Mitglieder bei CDU und SPD zu den sogenannten Sozialschwachen gehören. Damit

bestünde die akute Gefahr, ganze Bevölkerungsschichten (Stichwort: Hartz IV) nicht mehr zu erreichen. Und dies gelte nicht nur auf dem flachen Land sondern ebenso für die Städte.

Jürgen Scharf wies darauf hin, dass es in Sachsen-Anhalt 2006 keine Wechselstimmung (anders als 2002) und mit Ministerpräsident Böhmer einen anerkannten Spitzenkandidaten gab. Somit hat im Frühjahr 2006 auch jenes Protestpotenzial gefehlt, welches 2002 vor allem die FDP ansprechen konnte.

Holtmann verwies darauf, dass die 3-Parteien-Konstellation (CDU-SPD-Linke) und die kaum vorhandenen "Traditionsmilieus" in Ostdeutschland dazu führen, dass die Parteien kaum wirkliche Hochburgen hätten, aber auch keine ausgesprochenen "Minus-Täler". So schwankte das CDU-Ergebnis in Sachsen-Anhalt lediglich zwischen 45 Prozent in Wittenberg und 28 Prozent in Halle I, hingegen sei das Spektrum in den alten Bundesländern doch meist viel

größer.

Dies führt nach Ansicht von Jürgen Scharf aber auch dazu, dass bei einer schwachen FDP den Christdemokraten der traditionelle Koalitionspartner abhanden käme. Deshalb sei es nötig, sich auch künftig die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten offen zu halten - wollte man nicht wieder in die Opposition gehen. Und da immer mehr Wahlberechtigte noch nicht (Studenten, junge Mütter) oder nicht mehr (Arbeitslose, Rentner) im Erwerbsleben stehen, sei die "Gerechtigkeitsfrage" auch für die CDU zunehmend ein Wahlkampfthema, erläuterte Jürgen Scharf.

Im Zusammenhang mit der Wahl wird ja immer wieder über die Verlässlichkeit der Prognosen gestritten. Professor Holtmann verwies deshalb darauf, dass in Sachsen-Anhalt rund 30 Prozent der Wähler sich erst am Wahltag oder kurz zuvor festgelegt hätten - das ergebe für die Wahlforscher ein kaum zu lösendes Problem.

Thomas Nawrath

Junge Union zwischen Landestag und Strandbar

Normaler Weise sollte man erwarten, dass über die Sommermonate auch bei der Jungen Union ein wenig Ruhe einkehrt. Doch in diesem Jahr gab es keine wirkliche Pause bei den Aktivitäten der Magdeburger JU. So fand am 1. Juli der Landestag der Jungen Union in Burg statt. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stand, neben der Verabschiedung des langjährigen Landesvorsitzenden Markus Kurze aus der aktiven Verbandsarbeit, vor allem die Neuwahl des JU-Landesvorstandes. Bei diesen Wahlen traten auch wieder Vertreter aus Magdeburg an, um Verantwortung auf Landesebene zu übernehmen.

In einer Kampfabstimmung konnten sich der 26jährige Sven Schulze gegen Matthias Albrecht bei der Wahl zum JU-Landesvorsitzenden durchsetzen. Letztgenannter wurde in einem späteren Wahlgang zum JU-Pressesprecher gewählt. Neu in den Landesvorstand wurde der JU-Kreisvorsitzende aus Magdeburg, Tobias Krull, als Beisitzer gewählt. Zum neuen Vorsitzenden des Landeschiedsgerichts wurde der Magdeburger Tino Sorge gewählt. An dieser Stelle herzlichen Dank an



Delegierte und Gäste der JU Magdeburg beim 16. Landestag der Jungen Union Sachsen-Anhalt
Foto: Matthias Albrecht

Alexandra Mehnert für ihr jahrelanges Engagement für die Magdeburger Interessen in den JU-Landesgremien.

Nach den Wahlen wurden die vorliegenden Anträge diskutiert. Mit diversen Änderungsanträgen aus dem Kreisverband der Jungen Union Magdeburg wurde der Antrag des Landesvorstandes mit dem Titel "Den goldenen Schnitt finden" einstimmig beschlossen. Eine große Mehrheit fand auch der Antrag der JU Magdeburg mit dem Kurztitel "Demokratiebewusstsein bei Schülerinnen und Schülern stärken".

Das Thema "Magdeburg als Stadt am Fluss erleben" diskutierten die Mitglieder der JU Mitte Juli in passender Umgebung in der Strandbar am Petriförder. In der Diskussion ging es vor allem darum, wie die Elbe auch außerhalb der Sommerzeit mehr in das unmittelbare Leben der Magdeburger Bürgerschaft integriert werden kann. Auch die Frage eines möglichen Elbausbaus bzw. der Ertüchtigung der Wasserstraße Elbe wurde an diesem Abend eifrig diskutiert.

Aber die Mitglieder und Freunde der JU hatten sich noch anderen

Herausforderungen zu stellen. So nahm eine gemeinsame Mannschaft vom Ring-Christlich-Demokratischer Studenten und der JU am diesjährigen Volleyballturnier der JULIS Sachsen-Anhalt teil. Trotz widriger Umstände und der nicht übermäßig vorhandenen Spielpraxis gelang es dieser Mannschaft den 5. Platz zu erreichen. Im Vordergrund des ganzen Turniers standen immer die Spielfreude und der Spaß an der gemeinschaftlichen sportlichen Betätigung.

Insbesondere durch Daniel Kraatz, Marc Malosseck, Maximilian Schmidt und Thomas Schwenke wurden die beiden niedersächsischen JU Kreisverbände Helmstedt und Braunschweig im Kommunalwahlkampf unterstützt. Auch für den Rest des Jahres 2006 gibt es bereits konkrete Pläne. So soll auch in Magdeburg ein Kreisverband der Schüler Union aufgebaut werden. Daneben steht auch die turnusgemäße Wahl des JU-Kreisvorstandes an und nicht zuletzt gilt es die traditionsreiche JU-Spendenaktion für den guten Zweck vorzubereiten und durchzuführen.

Maximilian Schmidt
JU-Pressesprecher

Schindehütte ausgezeichnet

Der Stadtrat und bildungspolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion Gunter Schindehütte erhielt aus Kinderhänden eine ganz besondere Auszeichnung. Als Dank für seine Verdienste, u.a. bzgl. der Regelung des Schülertransportes, gab es im Rahmen einer sogenannten "Abrissparty" der Lindenhof-Grundschule im Juli diesen Jahres eine Urkunde für ihn. Mit dieser erhielt er das Blaue Herz von Theo Tintenklecks (eine Gemeinschaftsaktion von MDR-Radio, Bridge of Hearts und General-Anzeiger). Dieses Blaue Herz ist eine Anerkennung seiner Kinderfreundlichkeit die er immer wieder durch sein kommunalpolitisches Wirken unter Beweis stellt. Am gleichen Tag erhielten auch noch zwei Elternvertreter diese



Stadtrat Gunter Schindehütte.

besondere Auszeichnung. Die Schülerinnen und Schüler der Lindenhof-Grundschule müssen ihr gewohntes Domizil im Neptunweg verlassen, da das Schulgebäude und weitere Bauten im Rahmen des Ganztagschulprogramms saniert werden bzw. neu erbaut. Tobias Krull

WM-Botschafter in Aktion

Nach der "großen" FIFA-Fußball-WM im Sommer rollte schon wieder der WM-Ball, diesmal sogar in Sachsen-Anhalt.

Im Rahmen der INAS-Fußball-WM für geistig Behinderte gab es 6 Spiele im Norden unseres Bundeslandes.

Bernd Heynemann, MdB, war ein Botschafter für dieses Event und konnte sich am 7. September in Stendal von der Leistungsfähigkeit der Akteure und der Begeisterung der Fans überzeugen. Beim Spiel Saudi-Arabien gegen Australien gab es zwar ein ungewöhnliches 41 : 0, dies tat aber der Stimmung keinen Abbruch, zumal die Saudis mit 28 Toren Unterschied gewinnen mussten, um die nächste Runde zu erreichen. Das resultierte aus den Gruppenspielen, in denen die

Australier bereits ähnlich hoch gewonnen hatten. "Spielerisch waren die Araber topp und man hat keinen Unterschied zu nicht behinderten Spielern gesehen", so Heynemann.

Ein ausverkauftes Stadion "Am Hölzchen" in Stendal (5000 Zuschauer) und tolle Stimmung sahen auch unsere Parteifreunde Bauminister Dr. Karl-Heinz Daehre und Landesvorsitzender Thomas Webel sowie viele Landtagsabgeordnete.

"Ich bin stolz, zu diesem Turnier als Botschafter und Förderer des Behindertensports aktiv gewesen zu sein. Die Resonanz hier in Sachsen-Anhalt hat zu einem wesentlichen Erfolg des Turniers beigetragen", so Heynemann abschließend.

Gerhard Häusler

Für eine attraktivere Hochschule - Christdemokratie zwischen Mensa und Hörsaal



Der aktuelle Gruppenvorstand v.l.n.r.: Daniel J. Gerlich (Vorsitzender), Christin Menzel (stellv. Vorsitzende), Frank Rose (Beisitzer), Martin Teucke (Beisitzer), es fehlt Johannes Heim, Schatzmeister. Foto: Tobias Krull

Seit nunmehr über fünf Jahren gibt es auch an der Magdeburger Otto-von-Guericke Universität (FH seit ca. 2 Jahren) eine aktive RCDS-Gruppe. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) ist der größte und älteste politische Hochschulverband Deutschlands und an über 100 Hochschulen bundesweit vertreten. Ähnlich wie bei anderen unionsnahen Verbänden machen uns die politischen Gegner das Leben nicht immer leicht, doch können wir als Magdeburger RCDS das Sommersemester 2006 als großen Erfolg werten. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem die uni-internen Gremienwahlen, bei denen der RCDS in diesem Jahr besonders gut abschnitt. So gelang es der Gruppe, zwei der 15 zu erreichenden Studentenratsmandate für sich zu gewinnen. Mit Hilfe dieser zwei Stimmen innerhalb des wichtigsten studentischen Gremiums wird es uns in den kommenden Semestern besser gelingen, Einfluss auf die maßgeblichen Entscheidungsprozesse innerhalb der Studentenschaft zu nehmen.

So wollen wir uns mit Hilfe unserer "Stura"-Mandate beispielsweise für ein Rauchverbot innerhalb aller Gebäude auf dem Campus stark machen, oder aber auch die Situation im Universitätsrechen-

zentrum verbessern. Darüber hinaus verstehen wir uns als Serviceanbieter gegenüber unseren Kommilitonen. Im kommenden Wintersemester planen wir daher unter anderem die Durchführung eines Abendseminars zum Thema "Auslandsstudium und Auslandspraktikum". Magdeburger RCDSler werden hier von ihren ganz persönlichen Auslandserfahrungen berichten und ihre Kommilitonen mit wertvollen Informationen aus erster Hand dazu ermutigen, einen Teil ihres Studiums außerhalb Deutschlands zu verbringen. Gerade vor dem Hintergrund eines zusammenwachsenden Europas ist der Austausch junger Menschen von sehr großem Wert.

Ferner planen wir ebenfalls einen Informationsabend zu den Stipendienmöglichkeiten der Konrad-Adenauer-Stiftung durchzuführen. Ein Höhepunkt ganz besonderer Art wird das vom Landesverband organisierte Rhetorikseminar auf Schloss Wendgraben.

In den letzten Semestern haben wir immer wieder die Erfahrung gemacht, dass man die Studenten am besten mit Angeboten locken kann, in denen sie ganz konkrete Informationen bekommen, die für sie innerhalb ihres eigenen Studiums von Nutzen

sind. So ist zu beobachten, dass bei Veranstaltungen dieser Art die Räume meist weit über ihre Kapazität hinaus gefüllt sind. Keine Frage, das ist gut so und zeugt von einem hohen Interesse seitens der Studenten und bietet uns als RCDS auch immer die Möglichkeit potentielle Neumitglieder zu werben. Problematisch - ja mitunter sogar sehr enttäuschend - ist jedoch der Umstand, dass andere Veranstaltungen, vor allem jene mit zeitgeschichtlichem Hintergrund, weitaus weniger Anklang finden und nicht selten nahezu leer bleiben.

Nichtsdestotrotz wollen wir im kommenden Semester einen bunten Mix an Veranstaltungen anbieten und hoffen in diesem Kontext vor allem auch den einen oder anderen prominenten Vertreter aus Politik, Wirtschaft oder Kultur als Gastredner bei uns begrüßen zu dürfen. In diesem Zusammenhang sehen wir es für uns als christdemokratischen Verband auch als unsere Aufgabe, die Studentenschaft in Bezug auf die eine oder andere gesellschaftspolitisch relevante Fragestellung zu sensibilisieren. Darüber hinaus fühlen wir uns als Magdeburger Studenten auch immer unserer "Alma Mater" - der Otto-von-Guericke Universität - verpflichtet. Gerade für die Stadt

Magdeburg sind Universität und Hochschule zwei Standortfaktoren, welche nicht nur zu den größten Arbeitgebern der Stadt gehören, sondern darüber hinaus auch ganz maßgeblich zum Charakter der Stadt beitragen.

Aus diesem Grund ist es uns wichtig, möglichst vielen potentiellen Studenten ein Studium in Magdeburg "schmackhaft" zu machen. So werden wir beispielsweise am 8. November in Kooperation mit dem Bundesverband einen "Hochschulschnuppertag" durchführen. Im Rahmen dieser Veranstaltung soll interessierten Schülern die Möglichkeit gegeben werden, das Studentenleben in möglichst objektiver Form kennen zu lernen.

Um all diese Aktionen finanzieren zu können und vor allem um innerhalb der Wahlkämpfe konkurrenzfähig zu bleiben, sind wir natürlich auf Mithilfe angewiesen. Wir freuen uns daher über jeden, der uns in der einen oder anderen Form seine Unterstützung zukommen lässt. Schon im Voraus bedanken wir uns.

RCDS - Magdeburg
(Johannes Heim, Schatzmeister)
Stadtsparkasse Magdeburg
Konto: 450 483 63
Blz.: 810 532 72

Daniel J. Gerlich,
Vors. RCDS Magdeburg Uni



Im Rahmen des CDU-Sommerprogramms besuchten Mitglieder und Freunde der CDU und der Jungen Union die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnis am Moritzplatz. Unter der fach- und sachkundigen Führung von Bettina Wernowsky (Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.) wurde unter anderem ein praktisch original erhaltenes Verhörzimmer besichtigt.

Anhand von Beispielfällen wurde die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit erläutert. Zweifelsohne der "Höhepunkt" dieser sehr interessanten Veranstaltung war die in Augenscheinnahme von ehemaligen Gefängniszellen. Mit solchen Führungen kann ein Beitrag dazu geleistet werden, dass die Verbrechen des DDR-Unrechtsregimes nicht in Vergessenheit geraten. Tobias Krull, Fotos: Birgit Uebe



Das **2. Wiesenfest der Mittel- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU Kreisverband Magdeburg** (MIT) fand am 09.09.2006 statt. Der MIT-Kreisvorsitzende Wolfgang Madzek konnte rund 100 Gäste auf dem Gelände des Gründungs- und Technologietransferzentrum Handwerk (GTZH) in der Gustav-Ricker-Straße begrüßen. Bei Erbensuppe und Grillwürstchen gab es viele Gelegenheiten für interessante Gespräche. Neben Vertretern der Wirtschaft waren unter anderem der Staatssekretär

im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Detlef Schubert, der CDU-Kreisvorsitzende Jürgen Scharf, MdL, der MIT-Landesvorsitzende Detlef Gürth, MdL, der Bundestagsabgeordnete Bernd Heynemann sowie die CDU-Stadträte Gerhard Heint und Michael Heendorf sowie der MIT-Kreisvize Alfred Kautz erschienen. Besonders um die Organisation haben sich Sabine Wölfer und Gerhard Häusler verdient gemacht. Auch im nächsten Jahr soll es wieder ein MIT-Wiesenfest in unserer Stadt geben. *Tobias Krull*

Gutti's Party-Service

- Kalte Platten
- Kalte Büffets
- Warme Menüs
- Spanferkel & Krustenbraten



Wir vermitteln Partyräume (25/50/80 Personen)
Partyzubehör (Tische, Stühle, Geschirr u.v.m.)

Bestellannahme: Di-Fr 10.00-18.00 Uhr und nach Vereinbarung
Inhaber: B. Schulz, Zum Lindenweiler 45, 39110 Magdeburg
Tel. 7221326 · www.guttis-party-service.de

www.mhkw-rothensee.de

NACH DEUTSCHEM REINHEITS- GEBOT ENTSORGT*

* Das Müllheizkraftwerk Rothensee erfüllt die Umweltschutzanforderungen, Genehmigungsauflagen und gewährleistet durch die Erhebung der gesamten gebildeten Erzeugnisenergie.

Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH
Kraftwerk-Privatweg 7
39126 Magdeburg

mhkw
ROTHENSEE

Telefon: 0391 / 587-2534
Telefax: 0391 / 587-1764
E-mail: info@mhkw-rothensee.de **WIR MACHEN DIE ENTSORGUNG SICHER.**

HARMS Lohnhärterei

- Einsatzhärten
- Vakuumhärten
- Ionitrieren
- Karbonitrieren
- Kurzzeitanitrieren
- Glühen und Vergüten



Harms Lohnhärterei GmbH & Co KG
Salbker Straße 23
39120 Magdeburg

Tel. 0391 61137-0
Fax. 0391 6219714

e-mail: info@harms-lohnharterei.de · <http://www.harms-lohnharterei.de>

Ukraine: Markt mit Zukunft



Im Bild v.l.: Landtagspräsident Dieter Steinecke, Minister Dr. Reiner Haseloff, Dr. Klaus Oberländer, Geschäftsführer des Deutsch-ukrainischen Forums und Oleh Mirus, Leiter der Wirtschaftsmission der ukrainischen Botschaft.

Bei einem Treffen des Deutsch-Ukrainischen Forums (DUF) in Magdeburg diskutierte Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff mit zahlreichen Unternehmern, Wissenschaftlern und Politikern über die Chancen unserer Firmen auf dem ukrainischen Markt. Zuvor hatte der ukrainische Wirtschaftsattaché Oleh Mirus über die aktuellen Entwicklungen in seinem Land informiert. Mit fast 50 Millionen Einwohnern ist die Ukraine - neben Russland - sicherlich ein sehr interessanter Absatzmarkt und Handelspartner für unse-

re Unternehmen. Bereits in den letzten Jahren konnte der Anlagenbauer CIMBRIA SKET Anlagen zur Verarbeitung von Ölsaaten liefern. Weitere Vorhaben stehen in Aussicht, z.B. im Bereich Biodieselproduktion. Auch andere Maschinenbauer, Ingenieurbüros und Dienstleister sehen gute Aussichten in der Ukraine. Um die Chancen unserer Unternehmen zu verbessern, hat der DUF-Vorstand auf Vorschlag von Dieter Steinecke für 2007 ukrainische Wirtschaftstage in der Elbestadt beschlossen. *Thomas Nawrath*

Würdigung des Schicksals der Vertriebenen verweigert

Erneut ist die CDU-Ratsfraktion mit dem Anliegen gescheitert, dass Magdeburg Patengemeinde des Zentrums gegen Vertreibung wird. Das geplante Zentrum gegen Vertreibung will in eindrucksvoller Weise darstellen, welche Tragödie die Vertreibung von Menschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten bedeutet (siehe Beitrag des Zeitzeugen Herbert Wrobel Seite 13).

Insbesondere soll in dem Zentrum die Vertreibung von 80 bis 100 Millionen Menschen im 20. Jahrhundert thematisiert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Europa, ohne die Fixierung auf eine Nation.

Nicht nur die Vertreibung der deutschen Bevölkerung, sondern die Geschichte der Integration dieser Menschen in den jeweiligen Gesellschaften soll als zentraler Schwerpunkt dokumentiert und behandelt werden. Zweifelsohne stellt die Integration von 15 Millionen Kriegsflüchtlingen und rund 4 Millionen Spätaussiedlern in das Nachkriegsdeutschland eine nicht zu unterschätzende Kraftanstrengung dar. Wobei auch aktuell und in näherer Zukunft weite-

re Anstrengungen notwendig sein werden.

Mit dem Bekenntnis durch den Beitritt als Patengemeinde sollte die Landeshauptstadt Magdeburg ein deutliches Zeichen setzen, dass auch sie die Aufbauleistungen der Vertriebenen nach dem Kriege würdigt und ihre Leiden nicht vergessen sind. Dies war Ziel des entsprechenden Antrages der CDU-Ratsfraktion. Dieses Bekenntnis haben bereits zahlreiche Gemeinden in Deutschland abgegeben, zum Beispiel Passau, Frankfurt am Main oder die Stadt Haldensleben um nur einige zu nennen.

Trotz einer leidenschaftlichen Rede des CDU-Stadtrates Thomas Veil fand sich in der diesjährigen Sesseltagung keine Stadtratsmehrheit für einen entsprechenden Beschluss. Die vermeintlichen Gründe für ein solches ablehnendes Verhalten sind mir nicht bekannt, aber die CDU-Ratsfraktion wird sich auch weiterhin für die berechtigten Interessen der Vertriebenen einsetzen.

Reinhard Stern
Fraktionsvorsitzender

Herzliche Glückwünsche

Juli

Rosemarie Arndt zum 79. Geburtstag
Karl von Huelsen zum 70. Geburtstag
Elmar Huschenbett zum 70. Geburtstag
Hanne-Lore Matthäus zum 68. Geburtstag
Dr. Günter Blodig zum 67. Geburtstag
Wolfgang F. Braun zum 67. Geburtstag
Bernd Mußmann zum 66. Geburtstag
Dr. Heinrich Seppelt zum 66. Geburtstag
Hubert Kieslich zum 65. Geburtstag

August

Josef Danisch zum 91. Geburtstag
Günther Wedler zum 77. Geburtstag
Rudolf Evers zum 73. Geburtstag
Irmgard Oeltze zum 70. Geburtstag
Dr. Klaus Mildner zum 68. Geburtstag
Johannes Rink zum 65. Geburtstag

September

Margarete Danisch zum 88. Geburtstag
Elisabeth Brandt zum 86. Geburtstag
Helmut Trebs zum 85. Geburtstag

Luzie Kreutzer zum 84. Geburtstag
Dr. Alfred Jumar zum 82. Geburtstag
Dieter Scholz zum 77. Geburtstag

Josef Jirka zum 73. Geburtstag
Rolf Gärtner zum 71. Geburtstag
Klaus Köhler zum 66. Geburtstag

Erhard-Fritz-Artur Stenzel zum 65. Geb.
Hans-Henning Lange zum 65. Geburtstag
Eckhard Greger zum 65. Geburtstag

Das Schicksal der Vertreibung bleibt Unrecht - für immer

Auf dem diesjährigen "Tag der Heimat" des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin sprach sich Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede für einen verstärkten Dialog mit dem östlichen Nachbarn Deutschlands aus. Obwohl Horst Köhler überaus versöhnliche Töne anschlug, kritisierte Polens Ministerpräsident Kaczynski die Ausführungen Köhlers ungewöhnlich scharf und bezeichnete die Rede gar als "eines der beunruhigendsten Ereignisse" der letzten Zeit in Deutschland.

Köhler schloss mit der Forderung: "Vertrieben, heimatlos - Millionen erlitten und erleiden noch immer dieses Schicksal und tragen für immer daran. Das kann niemanden gleichgültig lassen. Vertreibungen sind Unrecht, und sie dürfen kein Mittel der Politik sein. Es ist Aufgabe der ganzen Völkergemeinschaft, dieser Erkenntnis überall auf der Welt zum Durchbruch zu verhelfen".

Seit Jahren fordert der Bundesverband der Vertriebenen trotz anhaltender Proteste aus Polen die Errichtung eines "Zentrums gegen Vertreibungen". Die Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) im CDU-Kreisverband Magdeburg unterstützt mit Nachdruck dieses Ziel.

Zu den fast 15 Millionen Deutschen, die ihre Heimat am Ende des Zweiten Weltkrieges verloren, zählt Herbert Wrobel, der im folgenden Beitrag seine Sicht der Dinge darlegt:

Ich wurde 1930 in Kammerau, Kreis Großwarthenberg in Niederschlesien geboren. Meine Vorfahren lebten, solange wir es zurück verfolgen konnten, in unserer schlesischen Heimat.

Germanen und Slaven lebten seit der Völkerwanderung friedlich beieinander. Im 12. Jahrhundert holte Herzog Heinrich von Schlesien deutsche Bauern ins Land. Sie machten das Land urbar und lebten nun mit ihren slavischen Nachbarn. Sie heirateten untereinander, hatten den gleichen Glauben, gleiche Interessen, gleiche Sorgen und Freuden. Die Herrscher kamen und gingen. Silinger, Ligurier, Böhmer, Ungarn, Polen, Littauer, Sachsen, Österreicher, Preußen und Deutsche. Keiner

jedoch hat die Menschen aus ihrer Heimat vertrieben.

Angefangen hat das Unglück mit Beendigung des Ersten Weltkrieges. Teile des damaligen Deutschen Reiches und der Österreichischen Monarchie wurden im Vertrag von Versailles abgetrennt. Es entstanden Nationalstaaten (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn u.a.). In diesen Gebieten lebten viele Deutsche. Sie waren nun Minderheiten, Fremde in ihrer Heimat!

Deutschland hatte den Ersten Weltkrieg verloren. Europa wurde von den Westmächten neu aufgeteilt. Aber auch Russland beteiligte sich an der Landnahme. Wie das so ist. Wer gewinnt ist der Heilige. Wer verliert der Sünder. Er muss bezahlen und büßen.

Wie ging es nach 1918 weiter? Ein Teil meiner Vorfahren lebte nun in Polen. Sie wurden polnische Staatsangehörige. Der andere Teil blieb deutsch. Trotz Grenze und Schlagbaum blieb die Familienverbundenheit erhalten. Es wurde regelmäßig besucht, Ehen zwischen Polen und Deutschen waren keine Seltenheit. Es wurden die gleichen Kirchen genutzt. Bis auf beiden Seiten die "Fanatiker" auftauchten. Sie verbreiteten Hass und versuchten die Menschen mit Parolen zu beeinflussen. Dieser Zustand spitzte sich im Laufe der Jahre immer weiter zu. Nicht nur in Deutschland. Auch die Nationalpolen waren keine Feinen. Zum Beispiel 1939: Vertreibung von 15.000 Deutschen nach Ostpolen. Über 5000 wurden ermordet. Für Hitler war dies ein gefundenes Fressen und Anlass, nach der Vereinnahmung von Österreich, dem Sudetenland, Böhmen und Mähren, 1939 auch Polen zu überfallen.

Stalin hängt sich sogleich mit hinein und vereinnahmte im Osten ein großes Stück von Polen. Beide Diktaturen waren sich darin einig, Polen von der Landkarte verschwinden zu lassen und unter sich aufzuteilen. Dann begann weiteres Unrecht. Sowohl Russen als auch Deutsche begannen Menschen umzusiedeln. Der Zweite Weltkrieg war vorprogrammiert. Millionen von Menschen wurden umgebracht.

Als endlich das Morden, Brand-

schätzen und Vernichten 1945 zu Ende zu gehen schien, ging es für uns erst richtig los. Millionen von Menschen wurden umgebracht, verschleppt, vertrieben und zu Bettlern gemacht.

Ohne die Schuld, die im Namen des deutschen Volkes von Verbrechern wie Hitler, Göring, Göbbels und vielen Anderen begangen wurden, zu bagatellisieren, haben auch andere Völker Schuld auf sich geladen. Im Nürnberger Prozess wurden deutsche Verbrecher wie Göring, Göbbels, Himmler für Kriegsverbrechen verurteilt. Die Hauptverbrecher zum Teil zum Tode, andere zu lebenslanger Haft.

Wurden die Kriegsverbrecher der anderen Völker zur Rechenschaft gezogen? Nein, sie wurden geehrt! Nur einige Namen: Stalin, Gumulka, Benesch. Dreizehn Millionen Deutsche wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Zwei Millionen Deutsche sind dabei umgebracht worden oder sind umgekommen.

Wie grausam es im Osten zugeht zeigt z.B. ein Auszug aus einem Feldpostbrief eines sowjetischen Soldaten: *"Und wir nehmen Rache an den Deutschen für alle ihre Schandtaten. Es ist uns erlaubt, alles zu tun mit den deutschen Schuften. Von den Deutschen sind nur Greise und Kinder da, junge Frauen wenig. Doch werden auch sie totgeschlagen. Jetzt treffen wir schon deutsche Zivilbevölkerung an, unsere Soldaten gebrauchen sehr häufig deutsche Frauen. Frauen gibt es genug, russisch verstehen sie nicht, brauchen sie auch nicht. Hinlegen, die Sache erledigen, danach am besten erschießen. Unsere Jungs haben bereits viele deutsche Frauen ausprobiert. Nach der oftmaligen Vergewaltigung erfolgt meistens die Erschießung mit Verstümmelung der Frauen."*

Wir Überlebenden glaubten, dass diese Zeiten der Vergangenheit angehören. Das Gegenteil ist aber auch nach sechzig Jahren zu beklagen. Denken wir an den Balkan, Afrika, Lateinamerika. Wir müssen alles tun, damit Frieden, Versöhnung, Freiheit und Wohlstand in Europa und in der Welt einzieht.

Auszüge aus der feierlichen

Erklärung der "Charta der Deutschen Heimatvertriebenen vom Jahre 1950" zeigen, wie die überwältigende Mehrheit von uns schon kurz nach Kriegsende dachte und auch handelte, in der Hoffnung einem freien und geeinten Europas zu dienen:

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig. Im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.

2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, dass auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas. Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geiste zu töten. Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird."

Die Heimatvertriebenen haben in den mehr als fünfzig Jahren diese Erklärung beachtet, eingehalten und gelebt!

Abschließend möchte ich sagen, vermissen und schmerzlich empfinde ich, dass die Völker, die ebenfalls unermessliches Leid uns Vertriebenen angetan haben, sie nicht den Mut haben vor der Welt und uns zu bekennen, dass sie nicht nur Opfer, sondern auch Täter waren. Auf diesem Feld muss in einem geeinten Europa noch sehr viel Überzeugungsarbeit, besonders bei den nachfolgenden Generationen geleistet werden, um Vorurteile und Feindschaften abzubauen.

Europa und die Welt brauchen Frieden und Einigkeit, um den Auftrag Gottes als den Schöpfer alles Guten annähernd zu erfüllen.

Herbert Wrobel

Tobias Krull traute sich endlich Organisationschef wurde 60

Am 19. August war es soweit. Nach mehr als neun Jahren Probe-Ehe heirateten Claudia Isensee und Tobias Krull. Zuerst standesamtlich im Magdeburger Hochzeitshaus in der Humboldtstraße und anschließend kirchlich in der Pfarrkirche St. Jacobi in Wanzleben. Die Wanzleber CDU-Stadträtin und der Magdeburger JU-Kreisvorsitzende hatten sich auf einem Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung kennen und lieben gelernt. Beim Polterabend der beiden, der zwei Tage vor der Hochzeit stattfand, konnten rund 120 Gäste begrüßt werden. Darunter unter anderem auch viele Mitglieder aus den Reihen der CDU aus beiden Heimatstädten. Am Rande wurde der Braut durch ihren jetzigen Ehemann das Ehrenabzeichen des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr für ihre Verdienste verliehen. Den beiden ist für den



Das Hochzeitspaar Claudia und Tobias Krull beim Anschneiden der Hochzeitstorte im Herzformat. Foto: Sandra Schödl

gemeinsamen Lebensweg nur das Beste zu Wünschen. *Renate Röhr*



Im Bild v.l.: Ratsfraktionsvorsitzender Reinhard Stern, Jubilar Reinhard Gurcke, Gunter Schindehütte und Wigbert Schwenke, MdL. Foto: T. Krull

Am 22. September konnte der langjährige Geschäftsführer der CDU-Ratsfraktion Reinhard Gurcke seinen 60sten Geburtstag feiern. Mehr als 80 Gäste kamen, um mit dem Jubilar und seiner Frau Roswitha Gurcke auf dieses Ereignis anzustoßen. Darunter zahlreiche CDU-Mitglieder, nicht zuletzt der CDU-Kreisvorsitzende Jürgen

Scharf, die Mitglieder der CDU-Ratsfraktion unter ihrem Vorsitzenden Reinhard Stern sowie Vertreter der Stadt Magdeburg, darunter der stellvertretende Bürgermeister Bernhard Czogalla. Auch viele Repräsentanten des Magdeburger Wirtschafts- und Kulturlebens fanden den Weg ins Magdeburger Rathaus. *Tobias Krull*

Ruden feierte mit Freunden



Gerhard Ruden feierte am 25. August seinen 60. Geburtstag. Zum offiziellen Empfang kamen zahlreiche Weggefährten und politische Freunde.

Seinen 60. Geburtstag feierte der Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Gerhard Ruden, am 25. August. Hochrangige Gäste gaben sich bei dem Empfang im Landtag von Sachsen-Anhalt die Ehre. Unter Ihnen der CDU-Kreisvorsitzende und Unions-Fraktionschef im Landtag, Jürgen Scharf, sowie der Minister für Landesentwicklung und Verkehr, Karl-Heinz Daehre. Auch zwei ehemalige Minister, Klaus Jeziorsky (Inneres) und Karl-Heinz Paqué (Finanzen), ließen es sich nicht neh-

men, ihrem langjährigen Landtagskollegen persönlich die besten Wünsche zu übermitteln.

In einer kurzen Ansprache bedankte sich Ruden bei seinen politischen Weggefährten für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Er mahnte, der Aufarbeitung der Machenschaften der Staatssicherheit weiter hohe Priorität einzuräumen.

Ruden war von 1990 bis 1994 Stadtrat für Umwelt (Beigeordneter) der Stadt Magdeburg, dann arbeitete er im Abwasserbetrieb. Von 2002 bis 2005 war er Mitglied der CDU-Landtagsfraktion. *Andreas Kern*

Tatkräftiger Macher gewürdigt

In den "Club der 50er" ist der Schatzmeister des CDU-Kreisverbandes, Klaus-Dieter Theise, am 10. August eingetreten. Ein Anlass, der viele Wegbegleiter zum Geburtstagsempfang ins "Haus der Athleten" führte. Allen voran Landtagspräsident Dieter Steinecke. Ebenfalls unter den Ehrengästen befanden sich Wirtschaftsminister a.D. Dr. Horst Rehberger, Staatssekretär a. D. Rudolf Bohn, Uwe Fabig vom Vorstand der Volksbank Magdeburg, der stellvertretende Kreisvorsitzende der CDU Magdeburg, Wilfried Köhler sowie mehrere Landtagsabgeordnete und Stadträte.

Der Landtagspräsident charakterisierte in seiner Festrede den Jubilar als einen mutigen und tatkräftigen Macher. Nach mehreren Berufsstationen in den alten Bundesländern habe sich Theise ohne Zögern auf das "Abenteuer Ost" eingelassen und im Kleinen die Deutsche Einheit ein Stück weit mitgestaltet. Beispielhaft nannte Steinecke das ehrenamtliche Engagement des Geschäftsführers der Grundstücksfonds Sachsen-Anhalt GmbH - etwa beim MSV Preußen Magdeburg, der Mittelstandsvereinigung und dem



Viele Gäste wünschten dem Geburtstagskind auch in seiner neuen Rolle als Vater von Zwillingen für die Zukunft alles Gute.

Wirtschaftsrat der CDU. Beim gemeinsamen Spiel in einer Freizeitsmannschaft habe er sich auch von Theises Qualitäten als Fußballer überzeugen können. Der Fußball nimmt mittlerweile einen wichtigen Platz in Theises Leben ein. So wurde der Jubilar im September vom Aufsichtsrat des traditionsreichen 1. FC Magdeburg zum Vizepräsidenten berufen. Sein Amt als Abteilungsleiter Fußball beim MSV Preussen Magdeburg behält er.

Andreas Kern

Diskussion über neues Grundsatzprogramm

Viele werden es bereits der Presse der letzten Monate entnommen haben - Bundeskanzlerin Angela Merkel und die CDU Deutschlands haben es sich zum Ziel gesetzt, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten.

Unter dem Leitspruch "Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit" ist jedes CDU-Mitglied aufgefordert, an einem neuen Grundsatz-

programm mitzuarbeiten. Gerade in einem Zeitalter, in dem traditionelle Werte gesellschaftlich immer mehr in den Hintergrund zu treten scheinen, ist es wichtig, dass sich die CDU in ihrem Programm zu Werten bekennt und dabei auch gesellschaftliche Veränderungen und Herausforderungen (Globalisierung, Terrorismus, Demographie) besser berücksichtigen kann.

Zur Einbindung in den Diskussionsprozess von Anbeginn haben die Kreisverbände sogenannte Grundsatzprogrammbeauftragte benannt, wozu in Magdeburg Vorstandsmitglied Tino Sorge berufen wurde.

Auf der Konferenz der Kreisvorsitzenden und Programmbeauftragten zeigte Angela Merkel auf, dass angesichts einer neuen weltpolitischen Lage und demographischer Veränderungen eine Erneuerung des Programms notwendig ist.

Um an dieser Veränderung des Programms als Kreisverband konstruktiv mitzuwirken, sind alle Mitglieder und Interessierte hiermit ausdrücklich aufgefordert, sich mit Vorschlägen einzubringen. Der Grundsatzprogrammbeauftragte ist über die:

CDU-Kreisgeschäftsstelle,
Fürstenwallstraße 17,
39104 Magdeburg, oder

per Mail: TinoSorge@yahoo.de
erreichbar.

Tino Sorge

*Grundsatzprogrammbeauftragter
und Mitglied des Kreisvorstands*

CDU-Ball am 4. November

Traditionell veranstaltet der CDU-Kreisverband Magdeburg im Herbst einen festlichen Ball für Mitglieder und Freunde. Aufgrund der durchweg positiven Resonanz vom letzten Jahr wird der Ball wieder im MARITIM-Hotel am Sonnabend, 4. November 2006 um 19:00 Uhr stattfinden.

Im Namen des CDU-Kreisverbandes lade ich Sie herzlich ein!

Lassen Sie uns in festlicher Runde ein paar schöne Stunden bei Musik, Tanz und einem leckeren Buffet verbringen.

Kartenvorbestellungen richten Sie bitte an die CDU-Kreisgeschäftsstelle, Fürstenwallstraße 17 (Eingang Gouvernementsberg), Tel. 0391 2549812, Fax 0391 2549810, Email: cdu@magdeburg.de. Die Eintrittskarten zum Preis von 45,00 Euro können vom 16. bis 30. Oktober in der Kreisgeschäftsstelle abgeholt werden.

Doris Memmler
Kreisgeschäftsführerin

Gleitsichtglas-Aktionswochen

So fern, und doch so nah!

Nur noch bis 15.11.2006

Nie mehr Brille wechsell!
Mit Ihrer Gleitsichtbrille können Sie in allen Entfernungen scharf sehen. Durch einen individuellen Schloß wird ein stabiles Sehen von Nah bis Fern erreicht.

39130 Magdeburg
Bruno-Taut-Ring 4b

MENZOPTIC
Ihr Augenoptiker

Ab 01. 10. 06 beginnen unsere Gleitsichtglasaktionswochen mit diesen Angeboten:

3 Sterne Gleitsichtgläser ** <small>1 Paar Gleitsichtgläser, Kunststoff, komplett vergütet mit Hart-Schicht und Superentspiegelung</small>	nur 159,00 Euro <small>statt früher ab 279,00 Euro*</small>
4 Sterne Gleitsichtgläser ** <small>1 Paar Gleitsichtgläser, Kunststoff, komplett vergütet mit Hart-Schicht und Superentspiegelung</small>	nur 319,00 Euro <small>statt früher ab 489,00 Euro*</small>
4 Sterne Gleitsichtgläser ** <small>1 Paar Gleitsichtgläser, Kunststoff, komplett vergütet mit Hart-Schicht und Superentspiegelung, abbläuhbar</small>	nur 459,00 Euro <small>statt früher ab 639,00 Euro*</small>
3 Sterne Office-Gläser ** <small>1 Paar Nearsehbildgläser, Kunststoff, komplett vergütet mit Hart-Schicht und Superentspiegelung</small>	nur 199,00 Euro <small>statt früher 309,00 Euro*</small>

*Gilt nicht bei Kombination mit anderen Sonderangeboten. ** Die üblichen Preise gelten ab 16. 11. 06.
**Gleitsichtgläser mit 3,0 D für 4,0 D Add bis 5,0 D Add

Office- Gläser

Das Komfort- Nahglas mit erweiterten Lesebereich- die ideale Ergänzung zur Gleitsichtbrille

Sicher kennen viele Gleitsichtbrillenräger das Problem an ihrem Arbeitsplatz. Sie sitzen an Ihrem Schreibtisch, am PC oder an ihrer Werkbank und suchen mit Ihrer Gleitsichtbrille den richtigen Schärfbereich. Oder schlimmer noch: nach einer gewissen Zeit leiden Sie dann unter tränenden Augen oder Kopfschmerzen, sie sehen doppelt oder verschwommen. Die Ursache dafür könnte unter Umständen die "falsche" Sehhilfe sein, denn die normale Gleitsichtbrille oder auch die normale Lesebrille genügt oftmals nicht den Anforderungen, die zum Beispiel ein Bildschirmarbeitsplatz stellt.

So ist die klassische Lesebrille für eine Distanz von rund 40 cm konzipiert. Die Arbeiten, die aber an einer Werkbank, einem Schreibtisch oder am PC erledigt werden müssen, finden aber in im so genannten "erweiterten Nahbereich" in einer Entfernung von 50 cm bis 70 cm statt. Weder die Lesebrille, noch das Arbeiten ohne Brille hilft ihnen dann weiter. Auch Gleitsichtgläser sind hier nicht die ideale Lösung, da diese Entfernungen in dem Zwischenbereich zwischen dem Fernwert und dem Nahwert eingearbeitet sind und der Sehbereich an dieser Stelle eingeschränkter ist, als im Nah- oder Fernfeld. Dazu kommt die unnatürliche Kopfhaltung, die man einnehmen muss um den richtigen Durchblickspunkt im Gleitsichtglas für die gewünschte Entfernung zu finden.

Um diese Probleme zu lösen, wurde das Office- Glas konzipiert. Ausgangspunkt für die Konzeption eines Office- Glases ist die Korrektur der Augen in der Nähe. Dieses spezielle Brillenglas ist in erster Linie eine Lesebrille mit großem Nahbereich. Die Wirkung des großen Nahbereichs wird nach oben hin um einen bestimmten Wert, die so genannte Reduktion, reduziert. Der Office- Brillenträger erhält damit die Möglichkeit stufenlos von der Nähe bis zu einer bestimmten Zwischenentfernung scharf zu sehen. Die maximal erkennbare Entfernung ist abhängig vom jeweiligen Nahwert des Brillenträgers und der gewählten Reduktion. Die einzelnen Sehbereiche sind deutlich breiter als bei einem Gleitsichtglas. Denn durch den geringen Stärkeunterschied zwischen den beiden Sehbereichen sind die Verzerrungen, die jeder Gleitsichtbrillenräger kennt, deutlich reduziert.

So ist das Office- Glas eine ansprechende Alternative zur einfachen Lesebrille und eine optimale Ergänzung zu Bifokal- und Gleitsichtbrillen, sei es am Schreibtisch, am PC, beim Musizieren, beim Handwerken, beim Basteln und im Haushalt.

Und noch ein Hinweis: ab Oktober können Office- Brillen in einigen Filialen der Menz Optic ausprobiert werden. Außerdem hält die Menz Optic ab Oktober besonders attraktive Angebote für Office- Gläser bereit.

gleich neben dem Flair • Breiter Weg 22

Genieße den Moment

Momento

Brotgenuss & Kaffeekult

die verrückte
Schnittchenlounge

Umzug

Gänseblümchen

ab 25. September

NEUE LAGE -
MIT GRÖßEREM SORTIMENT
FÜR SIE!

»»» E.-REUTER-ALLEE 6

 **Gänseblümchen**
Nahe Rathaus JETZT!